

Pressemitteilung Stuttgart, 29. Januar 2026

Unterschriften an den Minister Lucha – Gute Argumente, um gehört zu werden!

Stuttgart, 28. Januar 2026 – Ein Bündnis aus 14 Selbsthilfe- und Interessenvertretungen hat mehr als 3.300 Unterschriften an Sozialminister Manfred Lucha übergeben. Kurz vor der entscheidenden Ausschusssitzung zum geplanten Teilhabe- und Pflegequalitätsgesetz (TPQG) fordert das Bündnis verbindliche Schutzregelungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften und gesicherte Mitwirkungsrechte in Pflege- und Wohnheimen. Die Unterzeichnenden kritisieren, dass ihre fachlichen Argumente im Beteiligungsprozess während des Gesetzgebungsverfahrens so gut wie nicht gehört und nicht berücksichtigt wurden.

Das Bündnis wendet sich gegen eine weitgehende Deregulierung ambulant betreuter Wohngemeinschaften: „Entbürokratisierung ja, aber nicht auf Kosten von Mitwirkung und Bewohnerschutz“. Es verbindet damit eine klare Haltung: für ambulant betreute Wohngemeinschaften, insbesondere für die von Trägern verantworteten WGs müssen auch künftig verbindliche Mindeststandards gelten.

Dazu zählen sowohl eine Anzeigepflicht als auch eine Konzeptpflicht. Die Vorlage eines Konzeptes, so Gabriele Beck, Vorsitzende der LABEWO, ist kein bürokratisches Hindernis, sondern Grundlage und Voraussetzung für eine gute Pflege und Betreuung. Dies gilt auch für das Schutzversprechen des Staates. Dieses darf nicht nur für Bewohner:innen in Pflegeheimen gelten, sondern auch für Bewohner:innen in Wohngemeinschaften.

Auch fordert das Bündnis ein Nachjustieren bei der Heimmitwirkung. Mitwirkungsrechte in Pflege- und Wohnheimen sind für die Bewohner:innen und deren Angehörige essenziell, um Selbstbestimmung und Teilhabe zu gewährleisten. Die Aufgabe der Politik ist es, diese demokratischen Strukturen zu stärken.

Bei der Übergabe im Sozialministerium nutzte Minister Lucha den Großteil der anberaumten Zeit, um seine ablehnende Haltung gegenüber den Vorschlägen des Bündnisses auszuführen. Gleichzeitig kündigte der Minister an, das Gesetz auf den letzten Metern doch noch ändern zu wollen: Außerhalb des Ordnungsrechts sollen eine Anzeigepflicht und eine Ombudsstelle für Wohngemeinschaften geschaffen werden. Das Bündnis wertet dies als Teilerfolg des fachlichen und öffentlichen Drucks.

Aber auch diesmal bleibt unklar, wie rechtlich belastbar, tragfähig und praxistauglich die Lösungen am Ende sein werden. Das Fazit von Ronny Brosende Landespflegerat: eine „Politik des Gehört-Werdens“ sieht anders aus – es fehlt in der gesamten Phase der Entwicklung des TPQG an Transparenz und echter Beteiligung.

Mit der heutigen Übergabe bekräftigt das Bündnis die Aufforderung an den Minister, seinem politischen Auftrag gerecht zu werden: **Vertrauenskultur ist wichtig – Schutz, Mitbestimmung und Qualität brauchen aber eine rechtliche Verbindlichkeit!**

Ansprechpartner für das Bündnis TPQG

- **LABEWO**, Gabriele Beck, E-Mail: mail@labewo.de, Telefon: 0179 9049484
- **LAG Selbsthilfe**, Bärbel Kehl-Maurer, E-Mail: kehl-maurer@t-online.de, Telefon: 07022 / 44 798
- **Sozialverband VdK**, Sascha Wittenberg, E-Mail: s.wittenberg@vdk.de
Telefon: 0711-61956-22
- **Demenz-Support-Stuttgart**, Christina Kuhn, E-Mail: c.kuhn@demenz-support.de, Telefon: 0711-9978713
- **Landespflegerat**, Ronny Brosende, E-Mail: Ronny Brosende info@lpr-bw.de Tel: 07113058933